

Europaweite Ausschreibung
(Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb)

der

Behandlung/Verwertung
von Siedlungsabfällen

aus den Gebieten

des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz (AWVC),
des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen
(ZAS) und des Vogtlandkreises

VERFAHRENSLEITFADEN

ZUR AUSSCHREIBUNG

Inhaltsverzeichnis	Seite
1 Allgemeines	4
2 Leistungsübersicht und spezielle Ausführungsbedingungen	5
2.1 Leistungsübersicht, Losstruktur	5
2.2 Leistungszeitraum	5
2.3 Spezielle Ausführungsbedingungen	5
2.3.1 Sicherheiten, Bürgschaften	5
2.3.2 Versicherungspflicht, Haftung	6
2.3.3 Hinterlegung der Kalkulation	6
3 Formale Vorgaben zum Verfahren	7
3.1 Vergabeverfahren	7
3.2 Verfahrensablauf	7
3.3 Teilnahmeberechtigung	8
3.4 Bewerbergemeinschaften	8
3.5 Eignungsleihe	8
3.6 Unterbeauftragung	9
3.7 Identität von Bewerber und Bieter	10
3.8 Nachforderung von Unterlagen	10
3.9 Kommunikation im Verfahren	10
4 Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)	11
4.1 Form und Frist des Teilnahmeantrages	11
4.2 Mindestkriterien für Teilnahmeanträge	11
4.3 Berichtigungen, Änderungen oder Rücknahme von Teilnahmeanträgen	11
4.4 Auswahlkriterien	11
5 Formale Vorgaben zum Verhandlungsverfahren (Phase 2)	12
5.1 Form und Frist der Angebote	12
5.2 Mindestkriterien für Angebote	12
5.3 Gegenstand der Verhandlungen	12
5.4 Berichtigungen, Änderungen oder Rücknahme des Angebots	15
5.5 Zuschlagskriterien	16
6 Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens	21
6.1 Unklarheiten der Vergabeunterlagen	21
6.2 Einverständnis der Bewerber/Bieter	21
6.3 Hinweise auf Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)	21
6.4 Kosten für Teilnahme am Verfahren	21
6.5 Änderung und Aufhebung des Verfahrens	21
6.6 Bekanntmachung der Auftragsvergabe, § 39 VgV	21
7 Rechtsbehelfe/Vergabekammer	22

Verzeichnis der Anlagen

- Anlage 1 - Teilnahmeantrag (einschließlich Anhang)
- Anlage 2 - Angebotsformular (einschließlich Anhänge)
- Anlage 3 - Leistungsbeschreibung
- Anlage 4 - Vertragsentwurf

1 Allgemeines

Der Abfallwirtschaftsverband Chemnitz (AWVC), der Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) und die Kreisentsorgungs-GmbH Vogtland (KEV) schreiben die Behandlung/Verwertung von Siedlungsabfällen (einschließl. der Entsorgung der bei der Behandlung/Verwertung anfallenden Outputfraktionen [Wertstoffe, Behandlungsreste usw.]) aus.

Der AWVC und der ZAS sind öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger nach § 20 Abs. 1 KrWG und verpflichtet, die in ihrem Gebiet angefallenen überlassenen Abfälle aus privaten Haushaltungen und Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen zu verwerten oder zu beseitigen. Die KEV ist der kommunale Entsorger im Vogtlandkreis, welcher von dem Vogtlandkreis mit der Erfüllung der Aufgaben der Abfallentsorgung im Rahmen der Entsorgungspflicht des Landkreises beauftragt wurde.

Der AWVC, ZAS und die KEV haben zum Zwecke der Durchführung der vorliegenden Ausschreibung eine Vereinbarung zur gelegentlichen gemeinsamen Auftragsvergabe nach § 4 Abs. 1 VgV getroffen.

Der vorliegende Leitfaden stellt Ihnen zum einen die Formalitäten des Vergabeverfahrens vor, zum anderen gibt dieser einen ersten Überblick über den Leistungsgegenstand und stellt Ihnen die Rahmenbedingungen der Angebotsauswertung dar.

Bitte lesen Sie den Leitfaden sowie die weiteren Bestandteile der Vergabeunterlagen:

- Anlage 1 - Teilnahmeantrag (Textteil und Anhang),
- Anlage 2 - Angebotsformular (Textteil und Anhänge),
- Anlage 3 - Leistungsbeschreibung,
- Anlage 4 - Vertragsentwurf,

sorgfältig durch.

Die Vollständigkeit der Vergabeunterlagen insgesamt ist zunächst auf Grundlage des Anlagenverzeichnisses auf Seite 3 dieses Leitfadens zu prüfen. Die Vollständigkeit der einzelnen Dokumente der Vergabeunterlagen, einschließlich deren Anhänge, ist außerdem auf Grundlage der Inhaltsverzeichnisse und der Seitennummerierung (ab Seite 1 bzw. 2 oben rechts) zu prüfen. Unter Umständen fehlende Unterlagen sind unverzüglich nachzufordern (s.a. Ziffer 3.9).

Der AWVC, der ZAS und die KEV werden in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend als „Auftraggeber“ oder als „Vergabestelle(n)“ bezeichnet.

Die an diesem Vergabeverfahren teilnehmenden Unternehmen werden in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend auch als „Auftragnehmer“ und für die Dauer des Vergabeverfahrens als „Bewerber“ bzw. „Bieter“ bezeichnet.

2 Leistungsübersicht und spezielle Ausführungsbedingungen

2.1 Leistungsübersicht, Losstruktur

Die zu vergebenden Aufträge umfassen die Übernahme und Behandlung/Verwertung der von den Auftraggebern bzw. deren beauftragten Dritten angelieferten Siedlungsabfälle einschließlich der Entsorgung/Vermarktung der bei der Behandlung/ Verwertung entstehenden Outputfraktionen (Behandlungsreste, Wertstoffe usw.).

Die leistungsgegenständlichen Abfälle werden dem Auftragnehmer vom jeweiligen Auftraggeber bzw. seinem beauftragten Dritten an die vorgesehene Behandlungs-/ Verwertungsanlage angeliefert. Die Organisation und Durchführung der Abfalltransporte ist nicht Gegenstand der Ausschreibung.

Der Auftrag ist in folgende Lose gegliedert:

- Los 1: Behandlung/Verwertung von Siedlungsabfällen aus dem Gebiet des AWVC
- Los 2: Behandlung/Verwertung von Siedlungsabfällen aus dem Gebiet des ZAS
- Los 3: Behandlung/Verwertung von Siedlungsabfällen aus dem Gebiet des Vogtlandkreises

Angebote können für ein Los oder mehrere Lose abgegeben werden. Eine Verpflichtung zur Abgabe von Angeboten für mehrere Lose besteht nicht. Auch erfolgt keine Limitierung der Lose.

Eine detaillierte Beschreibung des Leistungsumfangs ist der als Anlage 3 den Vergabeunterlagen beigefügten Leistungsbeschreibung sowie den weiteren Anlagen zu entnehmen.

2.2 Leistungszeitraum

Die Leistungen aller Lose sind in folgendem Zeitraum zu erbringen:

- Mindestvertragslaufzeit: 01.06.2030 - 31.05.2045 (15 Jahre)
- Verlängerungsoption: 01.06.2045 - 31.05.2050 (5 Jahre)

Der Vertrag (je Los) verlängert sich automatisch über den 31.05.2045 hinaus um fünf weitere Jahre (bis zum 31.05.2050), wenn er nicht mit einer Frist von 24 Monaten zum Vertragsende durch den jeweiligen Auftraggeber gekündigt wird.

Im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung soll auch solchen Bietern die Teilnahme am Verfahren ermöglicht werden, welche beabsichtigen, zum Zwecke der Vertragserfüllung eine Abfallbehandlungsanlage neu zu errichten oder bestehende Anlagen umfassend instand zu setzen oder zu modernisieren. Dies rechtfertigt die Bestimmung des Leistungszeitraumes und der Mindestvertragslaufzeit.

2.3 Spezielle Ausführungsbedingungen

2.3.1 Sicherheiten, Bürgschaften

Zur Absicherung der Erfüllung der Leistungen, von Gewährleistungsansprüchen, Schadensersatzansprüchen sowie von Erstattungsansprüchen aufgrund Überzahlungen hat der Auftragnehmer eine Bürgschaft von einem in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstitut oder Kreditversicherer zu stellen.

Die Höhe der Bürgschaft ist im Vertragsentwurf (s. Anlage 4, § 8) in Anlehnung an den geschätzten Auftragswert des betreffenden Loses festgelegt.

Der Zeitpunkt der Stellung der Sicherheiten/Bürgschaft, deren Höhe sowie weitere Details können Gegenstand der Verhandlungen zwischen den Auftraggebern und dem/den Bietern werden.

2.3.2 Versicherungspflicht, Haftung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zum Abschluss folgender Versicherungen:

- Betriebshaftpflichtversicherung
- Umwelthaftpflichtversicherung
- Umweltschadensversicherung

An dieser Stelle wird auf § 5 Abs. 3 des Vertragsentwurfes i. V. m. Ziff. 5.3 lit. c) des Verfahrensleitfadens verwiesen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Versicherungen während der Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten und diese dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Erhält der Bieter den Zuschlag auf mehrere Lose, ist dies nicht mit der Verpflichtung verbunden die Deckungssummen zu erhöhen.

2.3.3 Hinterlegung der Kalkulation

Im Fall der Auftragsvergabe an den Bieter ist dieser verpflichtet, die seinem Angebot zugrunde liegende Kalkulation (Urkalkulation) bei Vertragsabschluss dem Auftraggeber (je Los) in einem versiegelten Umschlag zu übergeben. Die Kalkulation wird während der gesamten Vertragslaufzeit beim Auftraggeber hinterlegt.

Die Kalkulation muss betriebswirtschaftlich und technisch transparent und aussagefähig sowie mit dem Entgeltangebot abstimmbar sein.

Die Öffnung der Kalkulation erfolgt nur bei Unstimmigkeiten zwischen den Vertragspartnern.

Die Öffnung kann nur in Anwesenheit eines Bevollmächtigten des Auftragnehmers durch den jeweiligen Auftraggeber durchgeführt werden. Die Unterlagen werden nach Einsichtnahme erneut versiegelt.

Nach Vertragsende wird die Kalkulation dem Auftragnehmer wieder zurückgegeben.

Die Vergabestelle behält sich vor, die Vorlage der Urkalkulation auch für den Fall zu fordern, dass gemäß § 60 Abs. 1 VgV Anlass für eine vertiefte Prüfung der Angemessenheit der Angebotspreise besteht.

3 Formale Vorgaben zum Verfahren

3.1 Vergabeverfahren

Aufgrund des geschätzten Auftragswertes der Leistungen erfolgt die Ausschreibung europaweit im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) unter Berücksichtigung der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Auftragsvergabe sowie des Vierten Teils des GWB.

3.2 Verfahrensablauf

Das Verhandlungsverfahren wird in zwei Stufen durchgeführt.

Phase 1 - „Teilnahmewettbewerb“

Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs werden die Bewerber, die mit der form- und fristgerechten Abgabe des Teilnahmeantrags ihr Interesse an der Teilnahme am weiteren Verfahren bekundet haben, einer Prüfung unterzogen. Ziel dieser Prüfung ist es, diejenigen Bewerber zu ermitteln, die anhand der festgelegten Eignungskriterien und aufgrund des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen für die Leistungserbringung in Betracht kommen (vergleiche § 42 Abs. 1 VgV).

Die Eignungsprüfung erfolgt auf Grundlage der in der europaweiten Auftragsbekanntmachung sowie der unter Ziffer 4.2 dargestellten Mindestkriterien.

Von der Möglichkeit, die Zahl der geeigneten Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, gemäß § 17 Abs. 4 VgV anhand von Auswahlkriterien zu begrenzen, wird abgesehen. Folglich werden von der Vergabestelle alle Bewerber, die form- und fristgerecht einen Teilnahmeantrag eingereicht haben, die die Mindestkriterien an die Eignung erfüllen und bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen, zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert.

Phase 2 - „Verhandlungsverfahren“

Die zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren berechtigten Bewerber werden aufgefordert, unter Beachtung der in den Vergabeunterlagen dargestellten Vorgaben, ein indikatives Angebot abzugeben.

Auf Grundlage der indikativen Angebote wird die Vergabestelle mit den Bietern in Verhandlungen treten und anschließend auffordern ein verbindliches Angebot abzugeben.

Die verbindlichen Angebote wird die Vergabestelle auf Grundlage der in Ziffer 5.5 dargestellten Zuschlagskriterien bewerten. Die verbindlichen Angebote müssen daher vollständig und zuschlagsfähig sein. Bieter, die kein zuschlagsfähiges Angebot abgegeben haben, haben keinen Anspruch darauf, weiterhin am Verfahren teilzunehmen.

Soweit die Vergabestelle nicht auf das nach Wertung bestplatzierte verbindliche Erstangebot den Zuschlag erteilt, wird diese mit den Bietern in weitere Verhandlungen treten und anschließend auffordern ein Folgeangebot bzw. ein endgültiges Angebot abzugeben. Die Durchführung von Verhandlungen hat auf die rechtliche Verbindlichkeit des Erstangebotes keinen Einfluss.

Davon unabhängig behält sich die Vergabestelle vor, weitere Verhandlungsrunden durchzuführen. Ein Anspruch der Bieter hierauf besteht nicht. Im Laufe der Verhandlungen kann die Anzahl der Bieter reduziert werden, so dass die Endverhandlungen ggf. nur mit einem Teil der Bieter geführt werden. Die Vergabestelle berücksichtigt hierbei die Platzierung der Angebote nach den jeweiligen Verhandlungsrunden anhand der Zuschlagskriterien (vgl. § 17 Abs. 12 VgV).

Im Verlauf des Verhandlungsverfahrens ist es möglich, dass – auch unter Einbeziehung der Überlegungen der Bieter – Veränderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen werden. In diesem Fall sind die Bieter nicht mehr an ihr bisheriges verbindlichen Angebot gebunden.

Es ist beabsichtigt, die Zuschläge auf die ausgeschriebenen Leistungen/Aufträge bis zum 1. Quartal 2027 zu erteilen.

3.3 Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen, die die in der Vergabebekanntmachung geforderte Eignung aufweisen sowie Bewerber- und Bewerbergemeinschaften, die die Eignungsanforderungen erfüllen und bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen.

Beteiligt sich ein Unternehmen mehrfach – sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer – an diesem Vergabeverfahren, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. als Unterauftragnehmer vorgesehen ist, führen, wenn die Voraussetzungen für eine wettbewerbswidrige Absprache erfüllt sind oder der Geheimhaltungswettbewerb verletzt wird.

3.4 Bewerbergemeinschaften

Unternehmen können sich für die Teilnahme an diesem Verfahren zu Bewerbergemeinschaften zusammenschließen. Bewerbergemeinschaften stehen Einzelbewerbern gleich.

Eine nachträgliche Bildung von Bewerbergemeinschaften nach Ende der Teilnahmefrist ist nicht zulässig.

Geben mehrere Unternehmen ein gemeinschaftliches Angebot ab, so hat die Bewerbergemeinschaft spätestens nach Aufforderung durch die Vergabestelle innerhalb einer gesetzten Frist eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben. In dieser Erklärung muss die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall organisatorisch geregelt sein. Darüber hinaus sind alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft aufzuführen und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter zu benennen. Außerdem ist zu erklären, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

3.5 Eignungsleihe

Ein Bewerber kann zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist auf Verlangen der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind auf Verlangen der Vergabestelle die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe gemäß § 123 Abs. 1 bis 4 GWB vor, so ist das Unternehmen auf Aufforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bewerber das Unternehmen ersetzt.

Sofern ein Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ganz oder teilweise die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, haftet dieses/ haften diese Unternehmen im Auftragsfall gemeinsam neben dem Bewerber für die Auftragsausführung.

Sofern ein Bewerber im Hinblick auf die berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung (insb. Referenzen) ganz oder teilweise die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, so muss dieses Unternehmen auch die Leistung erbringen, für die die Kapazitäten benötigt werden.

3.6 Unterbeauftragung

Ein Unterauftragnehmer im Sinne dieser Ausschreibung ist ein Unternehmen, welches im Auftrag des zukünftigen Auftragnehmers die ausgeschriebene Kernleistung (hier: Behandlung/Verwertung von Siedlungsabfällen, einschl. der Entsorgung/Vermarktung der bei der Behandlung/Verwertung anfallenden Outputfraktionen) erbringen soll.

Beabsichtigt der zukünftige Auftragnehmer dagegen Leistungen, die er für die ordnungs- und vertragsgemäße Erbringung der ausgeschriebenen Kernleistungen bedarf (z. B. Beschaffung oder Instandhaltung von technischen Einrichtungen, Einkauf von Betriebsstoffen, Reinigung von Dienstkleidungen, Handwerkerleistungen etc.) von Dritten zu beziehen, so handelt es sich bei diesen Dritten nicht um Unterauftragnehmer.

Der Auftragnehmer darf sich nur Dritter bedienen, welche die im Rahmen der Ausschreibung geforderten Eignungskriterien bezüglich der von dem/den Dritten zu erbringenden Leistungen erfüllen, sofern sich der Bieter dieser Dritter im Rahmen der Eignungsleihe bedient (vgl. Ziffer 3.5).

Für den Fall, dass sich der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient (Eignungsleihe gemäß § 47 VgV), ist bereits im Teilnahmeantrag zwingend zu erklären, welche Leistungen an andere Unternehmen vergeben werden sollen. Die entsprechenden Unterauftragnehmer sind für diesen Fall bereits im Teilnahmeantrag namentlich zu benennen. Dies ist erforderlich, um die Eignung des Bewerbers prüfen zu können und mithin um zu entscheiden, ob der Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden kann.

Unterauftragnehmer, welche nicht im Rahmen einer Eignungsleihe eingebunden werden, sind spätestens auf Verlangen der Vergabestelle im Zuge der Angebotsauswertung zu benennen.

Die Vergabestelle prüft für alle vorgesehenen Unterauftragnehmer gemäß § 36 Abs. 5 VgV, ob Gründe für deren Ausschluss vorliegen.

Nach Auftragsvergabe ist eine Beauftragung eines Unterauftragnehmers nur mit vorheriger Zustimmung des jeweiligen Auftraggebers (je Los) möglich. Ein Anspruch auf Erteilung der Zustimmung besteht nicht. Die nachträgliche Beauftragung eines Unterauftragnehmers darf nicht zu einer wesentlichen Änderung des Vertrages führen. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer vor der Zustimmung die Vorlage von Eignungsnachweisen für den Unterauftragnehmer gemäß den bei dieser Ausschreibung relevanten Eignungskriterien verlangen.

Der Bieter hat auf Verlangen der Vergabestelle zudem nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel des Unterauftragnehmers bei der Erfüllung des Auftrages tatsächlich zur Verfügung stehen, indem er beispielsweise eine entsprechende Erklärung des Unterauftragnehmers – ebenfalls auf Verlangen der Vergabestelle - innerhalb der von der Vergabestelle festgelegten Frist vorlegt.

Eine Beauftragung der Leistungen an weitere Unternehmen durch den Unterauftragnehmer (an Unterunterauftragnehmer) ist unzulässig.

3.7 Identität von Bewerber und Bieter

Aus Gründen der Transparenz und der Sicherstellung eines fairen Wettbewerbes ist es erforderlich, dass die Identität der Bewerber, die einen Teilnahmeantrag einreichen, mit den Bietern, die ein Angebot einreichen, sichergestellt ist. Es ist daher beispielsweise nicht zulässig, dass ein Einzelbewerber, der einen Teilnahmeantrag eingereicht hat, sodann oder im weiteren Verlauf der Verhandlungen ein Angebot mit einem anderen Unternehmen als Bietergemeinschaft einreicht. Die Beteiligung der neu gebildeten Bietergemeinschaft am Vergabeverfahren ist unzulässig, da sich die Bietergemeinschaft selbst nicht an dem Teilnahmewettbewerb beteiligt hat. Auch der Wechsel oder Wegfall von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft bei Abgabe des Angebotes ist unzulässig.

3.8 Nachforderung von Unterlagen

Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbern/Bietern die Nachreichung, Vervollständigung und/oder Korrektur von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu verlangen. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag bzw. das Angebot ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

3.9 Kommunikation im Verfahren

Der Schriftverkehr mit der Vergabestelle ist in deutscher Sprache zu führen.

Anfragen zur Ausschreibung sind ausschließlich über das elektronische Vergabeportal (hier: deutsches Vergabeportal - www.dtv.de) zu stellen. Die Anfragen sind spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist zu stellen, damit die Vergabestelle diese innerhalb der Frist des § 20 Abs. 3 Nr. 1 VgV beantworten kann. Anfragen, die nach dem o. g. Zeitpunkt bei der Vergabestelle eingehen, sind nicht mehr „rechtzeitig“ im Sinne der vorgenannten Vorschrift.

Antworten auf Anfragen sowie Informationen über Veränderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen (allgemeine Bieterinformationen) oder der Bekanntmachung werden durch die Vergabestelle ebenfalls in Textform über das o. g. Vergabeportal elektronisch zur Verfügung gestellt.

Die Einsicht in die veröffentlichten Informationen obliegt dem Bewerber/Bieter. Das bedeutet, dass durch die Bewerber/Bieter, welche beabsichtigen einen Teilnahmeantrag bzw. ein Angebot abzugeben, spätestens vor Ende der Teilnahme-/Angebotsfrist zu prüfen ist, ob durch die Vergabestelle im Vergabeportal neue Informationen, Antworten oder Bekanntmachungen bereitgestellt wurden. Bewerber/ Bieter, welche sich zur Anmeldung in dem elektronischen Vergabeportal freiwillig registrieren, werden nach Mitteilung des Betreibers des elektronischen Vergabeportals automatisch darüber informiert, dass neue Informationen, Antworten oder Bekanntmachungen der Vergabestelle vorliegen und eingesehen werden können.

4 Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)

4.1 Form und Frist des Teilnahmeantrages

Zur Teilnahme am Vergabeverfahren ist der als Anlage 1 beigefügte Teilnahmeantrag auszufüllen und bis spätestens 05. Mai 2026, 12.00 Uhr elektronisch über das Vergabeportal (www.dtv.de) einschließlich aller geforderten Unterlagen und Nachweise einzureichen.

Die Übermittlung von Teilnahmeanträgen auf anderem Wege als elektronisch über das Vergabeportal, insbesondere per Post oder mittels Telefax oder E-Mail, ist nicht zulässig und führt zum Verfahrensausschluss.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Teilnahmefrist die Übermittlung des Teilnahmeantrags zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie unter dem Menüpunkt „Kontakt“ weitergehende Informationen. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen keine Auskünfte erteilen.

Der Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache abzufassen.

Die Erstellung der Dateien in dem Format „PDF“ ist gewünscht.

4.2 Mindestkriterien für Teilnahmeanträge

Im Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben der EU-weiten Bekanntmachung nachzuweisen. Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise ergeben sich aus den Vorgaben des Teilnahmeantrags (Anlage 1).

4.3 Berichtigungen, Änderungen oder Rücknahme von Teilnahmeanträgen

Nachträgliche Berichtigungen oder Änderungen von Teilnahmeanträgen bzw. deren Rücknahme sind nur bis Ablauf der Teilnahmefrist möglich. Berichtigungen oder Änderungen müssen zweifelsfrei zuzuordnen sein. Berichtigungen oder Änderungen, die diese Anforderungen nicht erfüllen, werden nicht berücksichtigt.

4.4 Auswahlkriterien

Eine Auswahl bzw. Begrenzung von geeigneten Bewerbern mittels Auswahlkriterien ist nicht vorgesehen.

5 Formale Vorgaben zum Verhandlungsverfahren (Phase 2)

5.1 Form und Frist der Angebote

Die Vergabestelle wird die geeigneten Bewerber zur Abgabe eines indikativen Angebotes auffordern.

Zur Abgabe des indikativen Angebots ist das als Anlage 2 beigefügte Angebotsformular (einschließlich seiner Anhänge) auszufüllen und zusammen mit den beizubringenden Unterlagen bis spätestens 10. Juli 2026, 12.00 Uhr elektronisch über das Vergabeportal (www.dtv.de) einzureichen.

Die Übermittlung von Angeboten auf anderem Wege als elektronisch über das Vergabeportal, insbesondere per Post oder mittels Telefax oder E-Mail, ist nicht zulässig und führt zum Verfahrensausschluss.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Angebotsfrist die Übermittlung des Angebots zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie unter www.dtv.de weitergehende Informationen. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Angebotsabgabe keine Auskünfte erteilen.

Das indikative Angebot muss vollständig sein, d. h. alle in der Anlage 2 geforderten Erklärungen, Angaben und Preise enthalten. Angebote, die nur unvollständig eingereicht werden oder die genannten Anforderungen nicht erfüllen, können aus dem Verfahren ausgeschlossen werden.

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

Die Erstellung der Dateien in dem Format „PDF“ ist gewünscht.

5.2 Mindestkriterien für Angebote

Den Angeboten sind folgende in den Vergabeunterlagen aufgeführte Bedingungen als Mindestkriterien (vgl. § 17 Abs. 10 VgV) unverändert zu Grunde zu legen:

- die Bestimmung der Vertragslaufzeit (Grundlaufzeit und Verlängerungsoption) gemäß Ziffer 2.2 des vorliegenden Verfahrensleitfadens,
- die Bestimmung der Zuschlagskriterien gemäß Ziffer 5.5 des vorliegenden Verfahrensleitfadens,
- der in Ziffer 2.2.2. a) der Leistungsbeschreibung definierte Verwertungsbereich von 250km, in welchem die ausgeschriebenen Abfälle zu übernehmen und zu verwerten sind sowie
- gesetzlich zwingend zu erfüllende oder einzuhaltende Vorgaben.

Die Abgabe mehrerer Hauptangebote ist unzulässig.

5.3 Gegenstand der Verhandlungen

Nachfolgend werden Gegenstände und Aspekte der Vergabeunterlagen und der künftigen Leistungserbringung benannt, zu denen der/die Auftraggeber Vorschläge bzw. Aussagen der Bieter erwarten. Diese Angaben sind Gegenstand der nach Eingang der indikativen Angebote durchzuführenden Verhandlungsgespräche zwischen den Auftraggebern und den Bietern.

Die Aufzählung ist insofern nicht abschließend, als Bieter auch Gegenstände und Aspekte ansprechen können, die nachfolgend nicht benannt sind.

Je nach Verlauf der Verhandlungen behalten sich die Auftraggeber vor, weitere Vorgaben und Regelungen aus den Vergabeunterlagen als Mindestbedingung zu definieren mit der Folge, dass weitere Verhandlungen insoweit ausgeschlossen sind.

Nicht Gegenstand der Verhandlungen sind die von den Auftraggebern festgelegten Mindestbedingungen gemäß Ziffer 5.2.

Themen zu denen Angaben/Vorschläge von den Bietern erwartet werden:

a) zu § 2 Abs. 7 des Vertragsentwurfs

Der/die Auftragnehmer sind gehalten, auch bei - nur vorübergehenden - Ausfall der vertraglich benannten Abfallbehandlungsanlage die ordnungsgemäße Leistungserbringung, insbesondere die Behandlung/Verwertung der Siedlungsabfälle sicherzustellen. Dies betrifft zum einen die technisch erforderlichen Revisionszeiten für die Durchführung der notwendigen Arbeiten zur Aufrechterhaltung des technisch ordnungsgemäßen Zustandes der Abfallbehandlungsanlage als auch Ausfallzeiten, die durch unvorhergesehene Ereignisse, insbesondere technische Defekte, verursacht werden.

Nach Einschätzung der Auftraggeber ist die Teilnahme an einem Ausfallverbund hierfür ein geeignetes Mittel.

Die Bieter sind aufgefordert, im Rahmen der Abgabe des indikativen Angebotes - bezogen auf jedes Los, für das ein Angebot eingereicht wird - die vorgesehenen und geeigneten Maßnahmen darzulegen. Dies betrifft nach Auffassung der Auftraggeber insbesondere Auswirkungen auf die Leistungserbringung, etwaig erforderliche Mitwirkungshandlungen der Auftraggeber, die am Abfallverband teilnehmenden Anlagen, die geographische Lage der in Anspruch genommenen Abfallbehandlungsanlage sowie die zeitliche Wirksamkeit des Ausfallverbundes.

Den Auftraggebern ist bewusst, dass im Hinblick auf den Leistungsbeginn zum 1. Juli 2030 verbindliche Aussagen nur eingeschränkt getroffen werden können. Ausreichend, aber auch erforderlich ist die Schilderung der vorgesehenen Maßnahmen im Rahmen eines belastbaren und nachvollziehbaren Konzeptes.

Nach Durchführung der Verhandlungen erfolgt eine verbindliche Vereinbarung in § 2 Abs. 7 der Vertragsentwürfe.

b) zu § 3 Abs. 2 des Vertragsentwurfs

Die Bieter sind aufgefordert, im Rahmen der Einreichung des indikativen Angebotes sich darüber zu erklären, ob zulasten der/des Auftraggeber(s) eine „Mengengrenze“ der anzuliefernden Abfälle, bei deren Überschreiten der Auftragnehmer zur Entgegennahme der Abfälle nicht mehr oder nicht mehr zu den vereinbarten Konditionen verpflichtet sein soll, vereinbart werden soll.

c) zu § 5 Abs. 3 des Vertragsentwurfs

Zur Sicherstellung einer gesetzes- und vertragskonformen Behandlung/Verwertung der verfahrensgegenständlichen Abfälle erachten es die Auftraggeber für unabdingbar, dass der Auftragnehmer entsprechende Versicherungen abschließt und deren Aufrechterhaltung über die Vertragslaufzeit nachweist.

Die Bieter sind aufgefordert, im Rahmen der Einreichung des indikativen Angebotes Vorschläge/Zusicherungen einzureichen, welche geeignet sind, die genannten Anforderungen zu erfüllen. Vorschläge/Zusicherungen der Bieter können sowohl Art als auch den Umfang der Versicherung umfassen. Mit dem indikativen Angebot, spätestens jedoch nach Aufforderung durch die Auftraggeber, haben die Bieter nachvollziehbar darzulegen, dass und warum Ihre Vorschläge/Zusicherungen zur Erreichung der Ziele geeignet sind.

d) zu § 6 des Vertragsentwurfs

Die Bieter sind aufgefordert mit ihrem indikativen Angebot darzulegen, ob und in welchem Umfange nach ihrer Auffassung eine „Mindestmenge“ in t/a von den Auftraggebern - bezogen auf das jeweilige Los - anzuliefern ist.

In der Darlegung sind Überlegungen aufzunehmen, welche Folgen eine Unterschreitung der definierten „Mindestmenge“ haben soll und wie gegebenenfalls ein Ausgleich bei Unterschreitung der „Mindestmenge“ durch einen Auftraggeber durch die anderen Auftraggeber erfolgen kann.

Ebenfalls erwarten die Auftraggeber diesbezüglich Vorschläge für die Konstituierung und Formulierung einer „Schadensminderungspflicht“ des Auftragnehmers.

e) zu § 6 des Vertragsentwurfs

Den Auftraggebern ist bekannt, dass durch die Ergänzung des § 2 des Brennstoffemissionshandelsgesetzes - BEHG durch den eingefügten Abs. 2a auch Anlagen zur Beseitigung oder Verwertung von Abfällen verpflichtet sind, sogenannte CO₂-Zertifikate zu erwerben. Der Gesetzgeber hat allerdings keine Entscheidung dahingehend getroffen, ob die anfallenden Kosten endgültig von dem Betreiber der Abfallbehandlungsanlage zu tragen sind, oder diese Kosten von dem Betreiber der Abfallbehandlungsanlage entweder in die Entgelte, welche gegenüber dem Anlieferer der zu verwertenden Abfälle erhoben werden, oder in die Preise, die von den Abnehmern der in der Behandlungsanlage erzeugten Produkte (Strom, Wärme etc.) zu entrichten sind, einzukalkulieren sind.

Nach Auffassung der Auftraggeber hat dieser Aspekt erheblichen Einfluss auf die Kalkulation der Leistungsentgelte, welche die Bieter gegenüber den Auftraggebern geltend machen.

Die Bieter sind aufgefordert, im Rahmen der Einreichung des indikativen Angebotes darzulegen respektive Vorschläge zu unterbreiten, wie eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Kosten für den Erwerb von CO₂-Zertifikaten zwischen dem Betreiber der Anlage, den Anlieferern der Abfälle und den Abnehmern der in der Behandlungsanlage erzeugten Produkte gestaltet werden kann.

f) zu § 8 des Vertragsentwurfs

Zur Sicherstellung einer gesetzes- und vertragskonformen Leistungserbringung und zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Auftraggeber ist die Stellung einer Sicherheit zugunsten der Auftraggeber durch den Auftragnehmer nach § 18 VOL/B unabdingbar.

Die Kalkulationsrelevanz der mit der Stellung einer Sicherheit im Hinblick auf den Vertragszeitraum und den Leistungsumfang wird von den Auftraggebern anerkannt.

Die Bieter sind aufgefordert mit ihrem indikativen Angebot darzulegen respektive Vorschläge zu unterbreiten, in welchem Umfange sie bereit sind, Sicherheiten nach § 18 VOL/B zu stellen.

g) zu § 9 des Vertragsentwurfs

§ 11 VOL/B sieht die Vereinbarung von Vertragsstrafen für die Fälle vor, in denen der Auftragnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nicht ordnungsgemäß nachkommt.

Der Vertragsentwurf enthält Tatbestände, bei denen nach Auffassung der Auftraggeber die Geltendmachung einer Vertragsstrafe erforderlich jedenfalls sinnvoll und angemessen ist.

Die Bieter sind aufgefordert im Rahmen der Einreichung ihres indikativen Angebotes darzulegen respektive Vorschläge zu unterbreiten, für welche - gegebenenfalls weiteren - Tatbestände sie bereit sind ein Vertragsstrafenversprechen abzugeben und welcher Betrag hierfür jeweils angemessen wäre.

h) zu § 9 und 12 des Vertragsentwurfs

Das vorliegende Vergabeverfahren ermöglicht auch den Bietern eine Teilnahme, die beabsichtigen für die Leistungserbringung eine Abfallbehandlungsanlage neu zu errichten respektive eine bereits bestehende Abfallbehandlungsanlage umfassend zu sanieren/zu ertüchtigen.

Diese Konstellation ist mit erheblichen Herausforderungen für die Sicherstellung einer gesetzes- und vertragskonformen Leistungserbringung mit Beginn des Leistungszeitraumes verbunden.

Bieter, die beabsichtigen, von den oben genannten Möglichkeiten Gebrauch zu machen, sind aufgefordert in einem Konzept nachvollziehbar und überzeugend darzulegen, wie die gesetzes- und vertragskonforme Leistungserbringung sichergestellt werden soll. Erwartet werden insbesondere Aussagen zu dem/den

- Zeitplan,
- Stand behördlicher Genehmigungen,
- Umgang mit Verzögerungen bei der Planung und Errichtung bzw. der Sanierung der Anlage, insb. wie trotz dieser Hindernisse eine gesetzes- und vertragskonforme Behandlung/Verwertung der Abfälle sichergestellt wird,
- Vertragsstrafenansprüche der Auftraggeber,
- Schadenersatzansprüche der Auftraggeber,
- Kündigungsmöglichkeiten der Auftraggeber.

i) zu § 14 des Vertragsentwurfs

Im Hinblick auf die Dauer des Vertrages ist nicht ausgeschlossen, dass der Auftraggeber seine Zuständigkeit für die Entsorgung der Abfälle - gesetzlich oder vertraglich - verliert.

Die Bieter sind aufgefordert im Rahmen des indikativen Angebotes Vorschläge zu unterbreiten, wie den vorgenannten Sachverhalten Rechnung getragen werden kann.

Erwartet werden auch Aussagen, für welche weiteren Konstellationen eine Rechtsnachfolge oder eine Überleitung der vertraglichen Verpflichtungen aus Sicht der Auftragnehmer sinnvoll ist bzw. verhandelt werden soll.

j) zu § 15 des Vertragsentwurfs

Die Bieter sind aufgefordert im Rahmen der indikativen Angebote sich darüber zu erklären, ob nach ihrer Auffassung die Vereinbarung einer Schiedsgerichtsklausel erforderlich oder sinnvoll ist.

Den Bietern steht es frei, mit entsprechenden Formulierungsvorschläge auf die Auftraggeber zu zukommen.

5.4 Berichtigungen, Änderungen oder Rücknahme des Angebots

Nachträgliche Berichtigungen oder Änderungen des Angebots bzw. die Rücknahme des Angebots sind nur bis Ablauf der jeweiligen Angebotsfrist möglich.

Berichtigungen oder Änderungen müssen zweifelsfrei zuzuordnen sein. Berichtigungen oder Änderungen, die diese Anforderungen nicht erfüllen, werden nicht berücksichtigt.

5.5 Zuschlagskriterien

Der Zuschlag je Los wird, über die gesamte Vertragslaufzeit betrachtet, auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes werden neben dem Preis und den preisbeeinflussenden Angaben (quantitative Zuschlagskriterien) auch qualitative Zuschlagskriterien über eine Punktbewertungsmatrix wie folgt berücksichtigt:

Zuschlagskriterien	Maximale Punktwerte
Quantitatives Zuschlagskriterium	
1 Preis und preisbeeinflussende Angaben	600
Qualitative Zuschlagskriterien	
2 Transportentfernung zur Behandlungs-/Verwertungsanlage	200
3 Energieeffizienz der Behandlungs-/Verwertungsanlage	200
Gesamt	1.000

Den Zuschlag je Los erhält das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl.

(1) Bewertung des Preises und preisbeeinflussenden Angaben

Für die quantitative Wertung der Angebote werden berücksichtigt:

- die gemäß Anhang 1 zum Angebotsformular ermittelbaren Entgelte pro Jahr auf der Grundlage
 - des angebotenen mengenabhängigen Entgeltes (Spalte 3) und
 - der dargestellten (Auswertungs-)Menge (Spalte 4).

Die Auswertung der Entgelte erfolgt brutto, d.h. unter Berücksichtigung der gesetzlich geschuldeten Mehrwertsteuer.

- die ermittelbaren CO₂-Kosten pro Jahr in Form der Kostenobergrenze auf Grundlage
 - der dargestellten (Auswertungs-)Menge,
 - der Standardemissionsfaktoren gemäß Anlage 2, Teil 5 EBeV 2030,
 - der Preise für die Emissionszertifikate (*ausgehend von einem Zertifikatspreis i.H.v. 65 €/t in 2027 mit jährlicher Steigerung um +4%*)
 - der Eintragung des Bieters im Anhang 1 zum Angebotsformular hinsichtlich des vom Auftraggeber zu tragenden Anteils (bezogen auf die Kostenobergrenze).
- die ggf. im Anhang 2 zum Angebotsformular angebotenen Entgeltrabatte für den Fall des Zuschlages auf mehrere Lose (Loskombination) eines Bieters,

Hinweis:

Der Zuschlag auf eine rabattierte Loskombination wird nur dann erteilt, wenn das Rabattangebot für die Einzellöse, die Gegenstand der rabattierten Loskombination sind, jeweils das wirtschaftlichste Angebot darstellt. Das heißt, es erfolgt eine Einzelbetrachtung der Löse. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass das wirtschaftlichste Angebot eines anderen Bieters in einem Los im Zuge einer Gesamtbetrachtung nicht durch einen Rabatt in einem anderen Los ausgeglichen werden kann.

- die gemäß Anhang 3 zum Angebotsformular angebotenen Gewichtungen für die Entgeltanpassung (Preisgleitung)

Hinweis:

Zum Zwecke der Auswertung der angebotenen Entgelte und CO₂-Kosten über die gesamte Vertragslaufzeit werden bei der Angebotsauswertung für die im Rahmen der Preisgleitung relevanten Indizes folgende Entwicklungen unterstellt:

– Personalkosten	3,0 % p.a.
– Kosten für Maschinenbauerzeugnisse	2,0 % p.a.
– Preis für elektrischen Strom	2,0 % p.a.
– Preis für Fernwärme	1,0 % p.a.
– CO ₂ -Zertifikatspreis	4,0 % p.a.

Der Bewertungszeitraum entspricht dem in Ziffer 2.2 angegebenen Leistungszeitraum einschließlich der möglichen Vertragsverlängerung. Der Zeitraum der Vertragsverlängerung wird dabei mit 50 % in der Angebotsauswertung gewichtet.

Zum Zwecke des Vergleichs der jeweils über die gesamte Vertragslaufzeit ermittelten (angebotenen) Entgelte wird für jedes Angebot ein sogenannter Entscheidungsbarwert, bezogen auf den 01.06.2030, ermittelt. Zur Abzinsung der jährlichen Entgelte und CO₂-Kosten wird ein Diskontierungssatz von 2,0 % p.a. angesetzt.

Hinweis:

Diese Methode beruht auf dem Ansatz, dass bei einer Ausgabe in nominell gleicher Höhe, ein späterer Anfall der Kosten für den Auftraggeber günstiger ist als ein früherer Anfall.

Für den Zuschlag kommen keine ungewöhnlich niedrigen Angebote gem. § 60 VgV in Betracht, bei denen der Bieter die geringe Höhe des angebotenen Preises oder der angebotenen Kosten nicht zufriedenstellend erläutern konnte.

Die Ermittlung der Punktzahl für die quantitative Bewertung der Angebote erfolgt unter Anwendung der folgenden Berechnungsformel:

$$P_i = \text{MAX}(0; \frac{B_{\max} - B_i}{B_{\max} - B_{\min}}) \times P_{\max}$$

Legende:

- P_i = Punkte für den Angebots-/Entscheidungsbarwert des betrachteten Angebots (i)
P_{max} = maximaler Punktwert des Angebotes mit dem niedrigsten Angebots-/Entscheidungsbarwert (60 Punkte)
B_i = Angebots-/Entscheidungsbarwert des betrachteten Angebots (i)
B_{min} = günstigstes Angebot (niedrigster Angebots-/Entscheidungsbarwert)
B_{max} = Maximalwert für eine Punktvergabe
(= Angebots-/Entscheidungsbarwert des günstigsten Angebotes x 2)

(2) Bewertung der Transportentfernung zur Behandlungs-/Verwertungsanlage

Vorab ist zu beachten, dass die Behandlungs-/Verwertungsanlage sich zwingend innerhalb des als Verwertungskreis definierten Radius von 250km zu den jeweiligen Umladestationen der Auftraggeber befinden muss (Mindestbedingung). Angebote, die

eine Verwertung/Behandlung außerhalb des Verwertungskreises vorsehen, werden nicht berücksichtigt.

Die Wertung der Angebote erfolgt in der Form, dass Angebote deren Behandlungs-/Verwertungsanlage maximal 200,00 km vom Standort des jeweiligen Auftraggebers entfernt ist, Punkte erhalten. Die Bewertungsobergrenze wird bei einer Entfernung von $\leq 40,00$ km erreicht. Angebote, bei welchen die maximale Entfernung zwischen der Behandlungs-/ Verwertungsanlage und dem Standort des jeweiligen Auftraggebers von 200,00 km überschritten wird, erhalten 0 Punkte (Bewertungsuntergrenze). Die Punktwertung zwischen der Bewertungsuntergrenze (200,00 km) und der Bewertungsobergrenze (0 bis 40,00 km) erfolgt in linearer Relation.

Beispiel 1: Einfache Transportentfernung: 50 km = 187,50 Punkte

Beispiel 2: Einfache Transportentfernung: 100 km = 125,00 Punkte

Beispiel 3: Einfache Transportentfernung: 150 km = 62,50 Punkte

Für die informative Ermittlung der individuellen Punktzahl auf Grundlage der bieterspezifischen Transportentfernung kann die zusätzlich zu den Vergabeunterlagen bereitgestellte Excel-Datei „Punkteermittlung für qualitative Zuschlagskriterien“ genutzt werden.

Sieht ein Bieter die Behandlung/Verwertung der Siedlungsabfälle in mehreren Behandlungs-/Verwertungsanlagen vor, so ist die über die Mengenanteile gewichtete Entfernung (basierend auf den im Anhang 4 zum Angebotsformular angegebenen Mengenanteilen) ausschlaggebend für die Punktermittlung.

Maßgeblich für die Entfernungsermittlung ist jeweils die kürzeste mit einem beladenen Sattelzug befahrbare Straßenverbindung auf Grundlage des Routenplaners www.reiseplanung.de (mit den Routeneinstellungen „kürzeste“ Strecke und „LKW (40t)“ - ohne verkehrsbedingte Einschränkungen).

Ausgangspunkt für die Entfernungsermittlung sind die folgenden Standorte:

- Los 1: Umladestation des AWVC
(Weißer Weg 180, 09131 Chemnitz,
Geo-Position: 50.84996671192948, 12.980298196896618)
- Los 2: Verbandssitz des KAS
(Schlachthofstraße 12, 09366 Stollberg/Erzgebirge,
Geo-Position: 50.713748181023384, 12.779550379611168)
- Los 3: Umladestation der KEV
(Alte Reichenbacher Str. 76, 08606 Oelsnitz/Vogtland,
Geo-Position: 50.43210683276939, 12.192532838400211)

(3) Bewertung der Energieeffizienz der Behandlungs-/Verwertungsanlage

Bewertet wird die durchschnittliche Energieeffizienz der vorgesehenen Behandlungs-/Verwertungsanlage(n) pro Kalenderjahr.

Die Wertung der Angebote erfolgt in der Form, dass Bieter mit einem verbindlich zugesagten R1-Wert $> 0,6$ Punkte erhalten. Bieter mit einem verbindlich zugesagten R1-Wert $\leq 0,6$ erhalten keine Punkte. Die Höchstpunktzahl (20 Punkte) erhalten Bieter mit einem verbindlich zugesicherten R1-Wert $\geq 1,3$. Die Bestimmung der Punkte für R1-Werte zwischen 0,6 (= Bewertungsuntergrenze, 0 Punkte) und 1,3 (= Bewertungsobergrenze, 20 Punkte) erfolgt in linearer Relation.

Beispiel 1: zugesicherter R1-Wert: 1,10 = 142,86 Punkte

Beispiel 2: zugesicherter R1-Wert: 0,95 = 100,00 Punkte

Beispiel 3: zugesicherter R1-Wert: 0,80 = 57,14 Punkte

Für die informative Ermittlung der individuellen Punktzahl auf Grundlage der bieter-spezifischen Transportentfernung kann die zusätzlich zu den Vergabeunterlagen bereitgestellte Excel-Datei „Punkteermittlung für qualitative Zuschlagskriterien“ genutzt werden.

Der Ermittlung des R1-Werts für eine thermische Behandlungsanlage liegt die folgende Berechnungsformel (R1-Formel) zugrunde:

$$R1\text{-Wert} = (E_p - (E_f + E_i)) / (0,97 \times (E_w + E_f)) \times CCF$$

Legende:

E_p = die jährlich als Wärme oder Strom erzeugte (produzierte) Energie. Der Wert (GJ/Jahr) wird berechnet, indem Elektroenergie in GJ/Jahr mit dem Faktor 2,6 und für gewerbliche Zwecke erzeugte Wärme in GJ/Jahr mit dem Faktor 1,3 multipliziert wird.

E_w = (w steht für waste) die jährliche Energiemenge, die im behandelten Abfall enthalten ist, berechnet anhand des unteren Heizwerts des Abfalls (GJ/Jahr).

E_f = (f steht für fossil) der jährliche Input von Energie in das System aus Brennstoffen, die zur Erzeugung von Dampf eingesetzt werden (GJ/Jahr).

E_i = die jährliche importierte Energiemenge ohne E_w und E_f (GJ/Jahr).

0,97 ist ein Faktor zur Berechnung der Energieverluste durch Rost- und Kesselasche sowie durch Strahlung.

CCF (Climate Correction Factor) ist ein Klimakorrekturenfaktor.

Anmerkung/Ergänzung:

E_f bezeichnet die importierten Energiemengen aus sonstigen Energieträgern, die bei ihrem Einsatz zur Dampfproduktion beitragen. E_i bezeichnet die importierten Energiemengen aus sonstigen Energieträgern, die bei ihrem Einsatz nicht zur Dampfproduktion beitragen. E_f und E_i können dabei in Form von z. B. Öl oder Gas oder auch als elektrische Energie (Strom) eingebracht werden.

Im Zusammenhang mit der vorliegenden Ausschreibung sind neben der thermischen Abfallbehandlung auch die in vorgelagerten externen oder internen Behandlungsschritten (z. B. zur mechanischen Aufbereitung oder zur mechanisch-biologischen Behandlung) eingesetzten Energiemengen vollständig zu berücksichtigen. Die entsprechenden Energiebeiträge sind in der R1-Formel unter E_i in die Berechnung einzubeziehen.

Sofern mehrere Anlagen für die angebotene Abfallbehandlung/-verwertung genutzt werden sollen, sind die verschiedenen Anlagen entsprechend dem Anlagenmix (gewichtet über die pro Anlage behandelten leistungsgegenständlichen Abfallmengen) zu berücksichtigen.

Hinsichtlich des zu beachtenden Rahmens bei der Ermittlung des R1-Wertes wird auch auf Anlage 2 Verwertungsverfahren des KrWG verwiesen.

Der Auftraggeber behält sich nach Abschluss jedes Kalenderjahres eine Prüfung des tatsächlichen mittleren R1-Wertes der Behandlungs-/Verwertungsanlagen pro Kalenderjahr beim Auftragnehmer vor.

Bieter, die unter diesem Kriterium Eintragungen vornehmen, haben während der Leistungszeit ihre Energieproduktion und ihren Energieverbrauch in den Behandlungsanlagen (Stromproduktion, Wärmeproduktion, Ermittlung CCF, E_p , E_f , E_w und E_i) so zu dokumentieren, dass die Werte im Rahmen einer Prüfung des tatsächlichen mittleren R1-Wertes durch den Auftraggeber oder einen vom Auftraggeber beauftragten Dritten nachvollzogen werden können.

Weiterhin wird klargestellt, dass es Bietern, die unter diesem Kriterium Eintragungen vornehmen, grundsätzlich freigestellt ist, auf welcher Basis (eigene Erfahrungswerte, Herstellerangaben, Vergangenheitswerte etc.) sie diese Eintragungen vornehmen. Im Rahmen der Angebotswertung prüft die Vergabestelle die diesbezüglichen Bieterangaben auf Plausibilität. Auf Verlangen der Vergabestelle hat der Bieter die Ermittlungsgrundlagen (z. B. Vergangenheitswerte zum produzierten Strom/zur produzierten Wärme der Anlage sowie zu den Energieverbräuchen (E_f , E_w , E_i)) zur Plausibilitätsprüfung nachzureichen. Bei offensichtlich unplausiblen Eintragungen erhält der betreffende Bieter keine Punkte.

6 Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens

6.1 Unklarheiten der Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Ihrer Auffassung Unklarheiten oder Widersprüche, ist die Vergabestelle vor Abgabe des Teilnahmeantrages unverzüglich über das Vergabeportal zu informieren.

6.2 Einverständnis der Bewerber/Bieter

Jeder Bewerber bzw. Bieter hat mit Übersendung der Unterlagen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bewerbers bzw. Bieters daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

6.3 Hinweise auf Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Für die Durchführung des Vergabeverfahrens ist die Erhebung, Speicherung und Verarbeitung der bewerber- und bieterbezogenen unternehmens- und personenbezogenen Daten erforderlich. Diese Daten werden während der Dauer der Verfahrensdurchführung sowie der für die Vergabe- und Vertragsdaten bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfristen verarbeitet und gespeichert. Der Erhebung, Verarbeitung und Speicherung dieser Daten kann widersprochen werden. Dies führt jedoch dazu, dass eine Einhaltung der vergaberechtlichen Verpflichtungen nicht mehr sichergestellt werden kann und damit die Beteiligung und Wertbarkeit der Teilnahmeanträge und Angebote infrage gestellt wird. Es besteht gemäß den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Widerspruch sowie ein Beschwerderecht gegenüber der zuständigen Aufsichtsbehörde.

6.4 Kosten für Teilnahme am Verfahren

Für das Bearbeiten und Erstellen der Teilnahmeanträge und Angebote wird den Bewerbern/ Bieter von den Auftraggebern keine Vergütung oder Entschädigung gezahlt.

6.5 Änderung und Aufhebung des Verfahrens

Die Vergabestelle behält sich vor, das wettbewerbliche Verfahren entsprechend des unter Ziffer 3.2 skizzierten Verfahrensablaufs zu jedem Zeitpunkt zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden, insbesondere dann, wenn nicht genügend qualifizierte Bewerbungen eingehen.

Im Falle der Beendigung des Verfahrens sind Ansprüche gegen die Vergabestelle ausgeschlossen.

Die Vergabestelle ist nicht verpflichtet, den Zuschlag zu erteilen. Sie ist berechtigt, das Vergabeverfahren aufzuheben. Die Vergabestelle behält sich insbesondere die Aufhebung des Vergabeverfahrens vor, wenn kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wird.

6.6 Bekanntmachung der Auftragsvergabe, § 39 VgV

Mit der Abgabe seines Angebots erklärt sich der Bieter damit einverstanden, dass im Falle der Zuschlagserteilung auf sein Angebot, unter den Voraussetzungen von § 39 VgV, sein Name und der zu zahlende Auftragspreis bekannt gemacht werden. Sofern Gründe geltend gemacht werden, die gegen eine Bekanntmachung sprechen, entscheidet die Vergabestelle nach pflichtgemäßem Ermessen.

7 Rechtsbehelfe/Vergabekammer

Die Bewerber/Bieter haben gem. § 97 Abs. 6 GWB Anspruch darauf, dass die Bestimmungen über das Vergabeverfahren eingehalten werden. Rechte aus § 97 Abs. 6 GWB sowie sonstige Ansprüche gegen die Auftraggeber, die auf die Vornahme oder das Unterlassen einer Handlung in dem Vergabeverfahren gerichtet sind, können nur vor der Vergabekammer geltend gemacht werden.

Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Es ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Der Antrag ist unzulässig, soweit

- der Bewerber/Bieter den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Zuständig ist die 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen, Braustraße 2, D-04107 Leipzig.